

ke vorwiegend an der Küste gebaut. Diese Standorte haben allerdings den Nachteil, dass sie in dicht besiedelten Gegenden liegen. (XNA, 8.1.02) -st-

Außenwirtschaft

24 China will im IT-Sektor mit Indien kooperieren

Mitte Januar reiste Ministerpräsident Zhu Rongji zusammen mit einer Delegation von Unternehmensvertretern nach Indien. Ein Schwerpunkt des Staatsbesuchs war die Intensivierung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen.

Zhu Rongji rief in einer Rede in Mumbai, Provinzhauptstadt des indischen Bundesstaates Maharashtra an der Westküste und wichtiges Wirtschaftszentrum, dazu auf, das bisherige Volumen des bilateralen Handels von derzeit rd. 3 Mrd. US\$ auf 10 Mrd. US\$ auszuweiten. Der beidseitige Handel liege auf einem Niveau vergleichbar mit dem bilateralen Handel zwischen Vietnam und China. Indien und China sollten ihre jeweiligen Chancen auf dem Markt des anderen Landes besser erkunden und durch Kooperation zum wirtschaftlichen Wohlstand in der Region beitragen.

Als Beispiel der zukünftigen engeren Zusammenarbeit hob Zhu Rongji die Kooperationschancen im IT-Sektor hervor. Indien sei die Nummer Eins in der Software-Entwicklung, China nehme den ersten Platz bei der Hardware-Produktion ein. Zusammen, so Zhu Rongji, würden Indien und China weltweit in beiden Bereichen Nummer Eins werden. China könnte in Indien Joint-Venture-Unternehmen gründen, da auch dort Arbeit kostengünstig sei, und IT-Produkte zu niedrigeren Preisen als bisher produzieren. Zhu wies darauf hin, dass seiner Information nach die Preise für Elektronikprodukte und Haushaltselektronik, einschließlich Kühlschränken und Farb-TV, in Mumbai um das Sechsfache höher als in China liegen würden.

Um die Felder der möglichen Zusammenarbeit im Bereich Ausbildung und

Computerhardware zu identifizieren, schlug Zhu Rongji die Gründung einer sino-indischen Arbeitsgruppe für Wissenschaft und Technologie vor. Während des Staatsbesuchs wurde zwischen der Federation of Indian Chambers of Commerce and Industry sowie dem China Council for the Promotion of International Trade eine Übereinkunft über die Förderung der weiteren Zusammenarbeit in Wirtschaft, Handel und Technologie unterzeichnet. (BBC PF, 16. und 17.1.02)

Indiens herausragende internationale Position in der Software-Entwicklung spiegelt sich in einem Exportvolumen von 6,24 Mrd. US\$ (Fiskaljahr 2001-2) gegenüber knapp 1 Mrd. US\$ chinesischer Exporte in diesem Bereich wider. Um im Wettbewerb mit Indien gleichzuziehen, verfolgt die chinesische Regierung nicht nur die Strategie, die inländischen Rahmenbedingungen für diesen Sektor zu verbessern. Gleichzeitig sind eine Reihe von Software-Unternehmen aus China bereits in Indien auf Talentsuche gegangen. Ein Beispiel ist das chinesische Unternehmen Huawei Technologies, das eine Niederlassung in Bangalore aufgebaut hat und dort 536 Arbeitskräfte beschäftigt. Neben den indischen Programmierern arbeiten dort 180 chinesische Beschäftigte, die auch die dortige Unternehmenskultur absorbieren sollen.

Die Frage, warum Indien in der Software-Entwicklung China weit überlegen ist, stand auch während der Reise einer IT-Delegation aus China nach Bangalore im Mittelpunkt des Interesses. Die Delegation kam zu der Einschätzung, dass die herausragende Stellung Indiens in diesem Bereich in erster Linie auf das indische Bildungssystem, die Englischkenntnisse und frühe Initiativen der Regierung zur Förderung dieser Industrie zurückzuführen sind. Indien habe den größten englischsprachenden Pool von Software-Ingenieuren außerhalb der USA, die zu einem Viertel des US-Kostenniveaus arbeiten würden. Während hierzu in China 30.000-35.000 Fachkräfte zählen würden, gebe es in Indien rd. 300.000 Software-Ingenieure. (BBC PF, 23.1.02) -schü-

25 „Positiver Einfluss des Euro auf die chinesische Wirtschaft“

Die Nachrichtenagentur Xinhua veröffentlichte Anfang Januar d.J. einen Bericht über die Auswirkungen der Euro-Einführung auf die chinesische Wirtschaft. Chinesischen Experten zufolge sei die Einführung des Euro mit einem größeren Entwicklungsspielraum für den Handel zwischen China und den EU-Staaten und mit neuen Chancen für chinesische Unternehmen verbunden.

Aus Sicht Chinas ist die EU als Wirtschaftsblock der drittgrößte Handelspartner. Der Außenhandel zwischen der EU und China nahm in den letzten Jahren zwar weiter zu, habe jedoch im Vergleich zum Handel mit Japan und den USA noch ein erhebliches Entwicklungspotenzial. Chinesischen Statistiken zufolge erreichte der Wert des Gesamthandels im Jahre 2000 ein Volumen von rd. 69 Mrd. US\$. Auch die Investitionen aus der EU seien mit einem Anteil von 2,24% an dem gesamten Kapitalzuflüssen aus dem Ausland noch relativ niedrig und könnten weiter wachsen.

Wird die gesamte Bevölkerung der EU, das BIP und das Handelsvolumen der Euro-Zone betrachtet, so entfallen auf diesen Wirtschaftsblock ähnlich hohe Anteile wie auf die USA. Die Exportgüterstrukturen der EU und China seien stark komplementär. China brauche fortgeschrittene Technologien und Kapital aus der EU-Zone, während die EU Chinas Importprodukte mit einer traditionell hohen Qualität benötige. Der WTO-Beitritt Chinas werde die Handels- und Investitionsbeziehungen zwischen der EU und China noch weiter intensivieren.

Nach Ansicht von Experten, so der Xinhua-Bericht, werde sich der Wert des Euro nach seiner Einführung stabilisieren, und die neue Währung werde ein hohes internationales Ansehen und eine hohe Stabilität erreichen. Das Währungsrisiko, das bisher durch die Schwankungen der Wechselkurse einzelner EU-Staaten aufgetreten sei, werde reduziert und die Entwicklung der Handelsbeziehungen mit Europa verstärkt werden.

In der Euro-Zone würden die Preise aller Produkte durch den Euro ausge-

wiesen werden und damit ein einheitlicher Markt entstehen. Die Kosten des transnationalen Handels würden deutlich gesenkt werden. Für chinesische Exporte bedeute dies eine sehr positive Entwicklung, da sie nach Ankunft in einem Exporthafen der EU ohne Hindernisse in alle übrigen Mitgliedsländer der Euro-Zone verteilt werden könnten. Bereits seit der Nutzung des Euro als Verrechnungsmittel im Jahre 1999 sei das bilaterale Handelsvolumen erheblich gestiegen.

Neben der Ausweitung des Handels rechneten Experten auch damit, dass die Euro-Zone sich zu einem einheitlichen, sehr effizienten und hoch entwickelten Kapitalmarkt für chinesische Unternehmen und Finanzinstituten entwickeln werde und der Euro zu einer Anlagewährung wird. Bereits jetzt sei der Anlagemarkt der EU mit einem weltweiten Anteil von 34,5% bereits sehr bedeutend. Auch die Emission von Aktien und Anlagen an europäischen Wertpapiermärkten werde für chinesische Unternehmen attraktiv werden.

Neben den verbesserten Rahmenbedingungen für chinesische Unternehmen in der Euro-Zone wiesen Experten dem Xinhua-Bericht zufolge jedoch auch auf bestimmte Herausforderungen in der Übergangsphase hin. So müsse damit gerechnet werden, dass der interne Handel innerhalb der Euro-Zone stärker zunehmen und der Wettbewerb noch intensiver werde. Mit der Übernahme des Euro in Süd- und Osteuropa könnten vor allem chinesische Unternehmen mit arbeitsintensiven Produkten einen stärkeren Konkurrenzdruck spüren. (BBC PF, 1.1.02)

Nach Einschätzung von Xiang Huai-cheng, Chinas Finanzminister, wird der Euro eines Tages dieselbe Bedeutung wie der US-Dollar besitzen. Gegenüber dem deutschen Finanzminister Hans Eichel, der Anfang Januar China besuchte, wies Xiang auf die zukünftige Rolle des Euro als Reservewährung hin. Er habe bereits den zuständigen Stellen empfohlen, einen höheren Anteil der Währungsreserven in Euro zu halten. (IHT, 7.1.02) Derzeit bestehen Schätzungen zufolge 60% der offiziell mit 208 Mrd. US\$ angegebenen chinesischen Währungsreserven aus Dollar, jeweils 15% aus

Yen und Währungen der EU-Länder und zehn Prozent aus sonstigen Währungen. (HB, 7.1.02; FT, 7.1.02)

Neben der wirtschaftlichen Kooperation hat sich in den letzten Jahren auch die sino-europäische Zusammenarbeit auf anderen Gebieten intensiviert. Ein bekanntes Beispiel ist die China European International Business School (EIBS) in Shanghai, die vor zwei Jahren ihren Betrieb aufgenommen hat. Bis Ende letzten Jahres wurden hier rd. 500 Absolventen von 55 sino-europäischen Joint-Venture-Unternehmen ausgebildet. Ziel ist es, in den kommenden fünf Jahren weitere rd. 2.000 Fachkräfte auszubilden; hierfür sind 15,1 Mio. Euro an Stipendien vorgesehen. (XNA, 3.1.02)

Die Entwicklung des bilateralen Handels hat zwar in den letzten Jahren schnelle Fortschritte gemacht, doch sind dabei auch eine Reihe von Problemen aufgetreten. Hierzu zählt das von EU-Unternehmen angeführte Dumping chinesischer Produkte auf dem EU-Markt. Seit 1979 gab es 91 Dumping-Fälle. Um dieses Problem in Zukunft zu reduzieren und in Vorbereitung auf die Einführung eines neuen europäischen Anti-Dumping-Gesetzes, wurde Ende November letzten Jahres vom MOFTEC und EU-Vertretern eine Informationsveranstaltung abgehalten. Im Zentrum stand die Vorstellung der in Europa geltenden Gesetze und Verfahrensweisen sowie die Diskussion von Fallstudien. (*China Newsletter*, Nr.318, German Centre for Industry and Trade, Shanghai, S.2)

Ein weiteres Problem stellt der derzeitige Konflikt über die Lieferung von bestimmten Nahrungsmitteln aus China dar. So schlug die Veterinär-Abteilung der EU Ende des letzten Jahres ein Importverbot für Lieferungen von gefrorenen Shrimps, Honig sowie Hasen- und Geflügelfleisch vor, weil sich gesundheitsschädliche Substanzen bei der Untersuchung gefunden hatten. Die chinesische Seite hat gegen dieses Vorgehen protestiert, da diese Entscheidung im Rahmen der WTO-Regeln eine gegenseitige Konsultation erfordert hätte. (BBC EF, 28.1.02; BBC PF, 27.1.02) -schü-

26 Taiwan erhöht die Zahl der chinesischen Importprodukte

Mitte Januar d.J. genehmigte die taiwanische Regierung eine neue Liste mit 2.126 Importprodukten, die direkt von China nach Taiwan geliefert werden können. Dieser Schritt steht im Zusammenhang mit dem Beitritt Taiwans zur WTO, der u.a. auch eine stärkere Marktöffnung für Waren aus dem chinesischen Festland nötig machen wird.

Von den neuen 2.126 Produkten, die direkt importiert werden können, sind 902 Agrarprodukte. Nicht auf dieser Liste stehen elektrische Haushaltsgeräte wie Kühlschränke und Fernsehgeräte, die aufgrund ihrer Preise in starker Konkurrenz zu taiwanischen Produkten stehen würden. Insgesamt beläuft sich die Zahl der Importprodukte aus China nunmehr auf 8.014, im Wesentlichen sind dies Rohstoffe für die verarbeitende Industrie.

Nach Angaben der taiwanischen Regierung soll der Inlandsmarkt in mehreren Schritten innerhalb eines Zeitraumes von vier Jahren vollständig für alle Produkte geöffnet werden. Ausnahmen werden sich auf rd. 100 Produkte beziehen, die aus Gründen der nationalen Sicherheit und Verteidigung davon ausgenommen sind. (BBC EF, 16.1.02)

In den ersten 10 Monaten des letzten Jahres belief sich der bilaterale Handel nach taiwanischen Statistiken auf 24,57 Mrd. US\$ und betrug damit 12,7% des gesamten Außenhandels Taiwans. Im Handel mit China verzeichnete Taiwan einen Überschuss von 14,83 Mrd. US\$, der allerdings um 10,6% zurückging. (BBC EF, 27.11.01)

Ein hoher Anteil der taiwanischen Exporte nach China besteht aus Komponenten und Zwischenprodukten, die für Joint-Venture-Unternehmen und taiwanische Tochterunternehmen bestimmt sind. Einer kürzlich veröffentlichten Untersuchung nach, stellt sich die Gewinnsituation der taiwanischen Unternehmen in China nicht besonders günstig dar. So sollen angeblich weniger als die Hälfte der Unternehmen Gewinne aufweisen, und viele Unternehmen würden sich in einem extremen Wettbewerb befinden.

Die Untersuchung, die von der Investitionskommission des Wirtschaftsministeriums veröffentlicht wurde, soll zeigen, dass taiwanische Unternehmen mehr Unterstützung bei der Vorbereitung ihrer Investition auf dem chinesischen Festland benötigten. Allerdings kann die Untersuchung nur als eingeschränkt repräsentativ bewertet werden, da nur 13% der angesprochenen Unternehmen geantwortet haben und ihre Antwort sich nur auf die Situation im Jahre 1999 bezog. (FT, 11.1.02)

Begleitend zum Ausbau der Handelsbeziehungen hat auch der taiwanische Finanzsektor seine Kontakte zum Festland ausgebaut. Die taiwanische Regierung hat Anfang des Jahres acht führenden taiwanischen Banken erlaubt, Repräsentanzen als erste Form einer direkten Präsenz in China aufzubauen. (BBC PF, 1.2.02) -schü-

27 Auswirkungen des WTO-Beitritts auf Beschäftigung

Die Diskussion um die Folgen des WTO-Beitritts geht in China weiter und spiegelt sich anhand von Medienberichten zu einzelnen Teilaspekten wider. Im Folgenden wird eine Studie des Ministeriums für Arbeit und Soziale Sicherheit vorgestellt, die nach den Folgen für die Beschäftigung fragt.

Die Studie kommt zu dem Ergebnis, das der WTO-Beitritt langfristig mit positiven Effekten für die Beschäftigung verbunden sein wird. Bei einem Zeithorizont von 10 Jahren werde der Beitritt aufgrund der Ausweitung des Außenhandels und der Anpassung und Verbesserung der Industriestrukturen zu einer Erhöhung der Beschäftigung führen.

Der Studie nach wird die Zunahme des *processing trade* (Veredlungshandels), insbesondere bei arbeitsintensiven Exportprodukten, bei denen China komparative Vorteile besitzt, zu einer Erhöhung der Beschäftigung führen. Auf der Basis von Schätzungen, dass der Außenhandel zwischen 20-40% zum BIP-Wachstum beiträgt, werde sich eine Erhöhung der Exporte um 4-5% pro Jahr in einer Zunahme des BIP-Wachstums um rd. einen Prozentpunkt niederschlagen. Dieses zusätzliche Wachstum würde wiederum

Arbeitsplätze für rd. 1 Mio. Menschen schaffen. Der WTO-Beitritt wirke als Katalysator für die arbeitsintensiven Industrien und schaffe günstige Rahmenbedingungen für die Entwicklung von kleinen und mittleren Unternehmen, die ebenfalls zur Beschäftigung beitragen würden.

Wenn diese Faktoren berücksichtigt werden, also die Vorteile eines reichen Arbeitskräfteangebotes und komparativer Vorteile bei den Lohnkosten sowie die Wirtschaftsentwicklung und die Veränderung der Wirtschaftsstrukturen einbezogen würden, dann sei mit einem Anstieg der Beschäftigungselastizität um 50% in der kommenden Dekade gegenüber den 90er Jahren zu rechnen. Bei einer Elastizität von 0,15 würde sich jeder zusätzliche Prozentpunkt des BIP-Wachstums als ein Wachstum der Beschäftigung um 0,15 Prozentpunkte auswirken. Auf dieser Berechnung basierend könnten jährlich 2-3 Mio. Arbeitsplätze pro Jahr im Durchschnitt nach dem WTO-Beitritt geschaffen werden.

Kurzfristig jedoch, und zwar in den nächsten drei bis fünf Jahren, werde es nicht nur schwierig sein, die Beschäftigung zu erhöhen, sondern es sei auch ein Rückgang der Beschäftigung als Folge des Wettbewerbsdrucks auf traditionelle Industrien und der bestehenden Industriestruktur möglich. Als Ergebnis der strukturellen Anpassung der Industrien und Unternehmen werde die Arbeitslosigkeit zunehmen. In den Städten könnte die Arbeitslosigkeit um 20-30% zunehmen, und in der ersten Phase nach dem WTO-Beitritt könne sich die städtische Arbeitslosenquote verdoppeln und auf 7% ansteigen.

Die Beschäftigungsstruktur wird sich der Studie zufolge dahingehend entwickeln, dass weniger Beschäftigungsmöglichkeiten im Agrarsektor, dagegen mehr im Dienstleistungssektor entstehen werden. Wird angenommen, dass nur 3% des Getreidekonsums importiert werden, dann wäre damit ein Verlust von 10 Mio. Arbeitsplätzen verbunden.

Im Sekundärsektor müsse mit einem Rückgang der Beschäftigung in den folgenden Industriezweigen gerechnet werden: Metallurgie, Automobilssektor, Maschinenbau, Verarbeitung von Speisöl und Getreide und elektroni-

schen Kommunikationsinstrumenten. Durch Anpassungen seien allerdings Beschäftigungssteigerungen in folgenden Branchen möglich: Textilien, Bekleidung, Nahrungsmittelverarbeitung, Lederprodukte, Bausektor, Baustoffe und Chemikalien.

Im Dienstleistungssektor könne von einem deutlichen Anstieg der Beschäftigung ausgegangen werden. Allerdings werde sich das Anforderungsprofil an die Qualifikation der Arbeitskräfte ändern, sodass Arbeitslose aus anderen Sektoren nicht unbedingt hier eine Beschäftigung finden werden. (FBIS-CHI-12.1.02) -schü-

Binnenwirtschaft

28 Unregelmäßigkeiten in der BOC erschüttern das Vertrauen in die chinesischen Banken

Mitte Januar ist der ehemalige Präsident der Bank of China (BOC), Wang Xuebing, der vor einigen Jahren zur China Construction Bank (CCB) als Präsident gewechselt war, von seiner Funktion entbunden worden. Die Entlassung steht in direktem Zusammenhang mit dem Ergebnis einer zweijährigen Untersuchung der US-Behörden über Unregelmäßigkeiten der Niederlassung der BOC in New York in den Jahren 1991 bis 1993. Wang war Vorsitzender der New Yorker Niederlassung in den Jahren 1988-93 gewesen. Die chinesische Untersuchungsbehörde geht davon aus, dass Wang direkt und indirekt für die Unregelmäßigkeiten verantwortlich ist.

Die US-Behörden werfen der BOC-Niederlassung vor, dass unter der Leitung von Wang Xuebing 10 Mio. US\$ irregulär als Kredite an Freunde des Bankmanagements verliehen wurden, dass gefälschte Akkreditive und Kreditpläne eingesetzt sowie Darlehnsicherheiten verkauft worden und andere Unregelmäßigkeiten aufgetreten sind.

In einem anderen Fall soll die BOC-Niederlassung in New York 18 Mio. US\$ an ein Unternehmen vergeben haben, dass ebenfalls dem BOC-Manage-